

Bildungskrise: Welche Missstände die Corona-Pandemie an Hochschulen offenlegt

Jonathan Dreusch¹

Creative Commons Namensnennung –
Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0
International Lizenz. CC-BY-SA



DOI: 10.55310/jfhead.19

Abstract

Die erzwungene Umstellung auf digitale Lehre sowie die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen für Studierende und akademisches Personal zeigen Versäumnisse deutscher Hochschulpolitik der vergangenen Jahrzehnte: Lehre funktionierte vor allem aus Gewohnheit. Eine professionelle Qualifizierung der Lehrenden, angemessene technische Ausstattung und gute Arbeitsbedingungen besonders im akademischen Mittelbau könnten hier Abhilfe schaffen. Studierenden muss mit besserer psychosozialer Infrastruktur und ausreichender Studienfinanzierung für alle ein sorgenfreies Lernen ermöglicht werden.

Keywords

Studienfinanzierung; Arbeitsbedingungen an Hochschulen; Digitalisierung; Hochschulfinanzierung; psychische Gesundheit

- 1 Jonathan Dreusch, Universität Leipzig (Student), Ehem. Vorstandsmitglied, aktuell Referent für Lehre und Arbeitsbedingungen an Hochschulen beim freien Zusammenschluss von student*innenschaften fzs e.V. jonathan.dreusch@fzs.de

Endlich wieder normal studieren. Das wünschen sich aktuell ziemlich viele Student:innen. Denn die Pandemie hat uns (fast) alle von einer Woche auf die nächste zum Fernstudium gezwungen. Wer nicht gerade Laborpraktika machen muss (bzw. darf), hat vielleicht seit über einem Jahr die eigene Hochschule nicht mehr von innen gesehen. Stattdessen allerdings sehr genau das eigene Zimmer und den Laptopdisplay. Fast die gesamte Lehre – von Vorlesungen über Diskussionen zu Klausuren – musste auf digitale Formate umgestellt werden. Nachdem jahrelang allenthalben Buzzwords wie Blended Learning und Digitalisierung umhergeworfen wurden und jede zweite Hochschule irgendetwas mit dem Präfix *Cyber-* vorweisen konnte, kam die Ernüchterung schnell. Kaum jemand war vorbereitet auf digitale Lehre. Sicher, ein reibungsloser Übergang in einer solchen Situation wäre wohl zu viel verlangt. Aber es ging nicht um etwas zu wenig Serverkapazität oder ein paar Exkursionen, die umgebucht werden mussten.

Es fehlte an den Grundlagen: an Konzepten für Onlineformate, an funktionierenden Lernplattformen und dem Wissen, wie diese am besten zu bedienen wären. Eine Vorlesung abfilmen und irgendwo hochladen, das war kein Problem für die Dozierenden. Für die Studierenden hingegen stellten sich grundlegende Fragen: Wie stelle ich in einer Online-Vorlesung eine Zwischenfrage? Wie ersetze ich das Gespräch mit Kommiliton:innen über das gerade Gehörte auf dem Weg zum nächsten Vorlesungssaal? Verlangen die Lehrenden die gleichen Leistungen von mir, wie vor

der Pandemie? Wie soll ich im gleichen Zimmer schlafen, leben, lernen und arbeiten?

Viele Hochschullehrende haben darauf bis heute keine Antwort. In den Studierendenschaften machte sich darüber recht schnell Unmut breit. Umfragen zeigen, dass mindestens 40 % die Aussicht auf weitere digitale Semester sehr schlecht finden und fast die Hälfte weniger Veranstaltungen belegt, weil z. B. der Aufwand höher ist (Traus et al. 2020, 17–18). Das ist alarmierend und wirft die Frage auf, wie es eigentlich sein kann, dass die Fachkräfte an den Hochschulen nur langsam Antworten auf die neuen Herausforderungen gefunden haben. Müssten sie nicht ein paar didaktische Tricks auf Lager haben oder auf einer Fortbildung schon mal verschiedene Online-Lehrkonzepte gelernt haben? Warum bestehen diese Mängel nach über einem Jahr immer noch, warum reflektieren Hochschulen die eigenen Praktiken so wenig? Im Folgenden gehe ich dem auf den Grund.

Dazu stellt sich zunächst die Frage, was es eigentlich bedeuten soll, „normal“ zu studieren. Eine „normale“ Vorlesung heißt in vielen Fachbereichen, dass 50–800 Studierende in einem Saal sitzen, eine Person vor ihnen einen Vortrag abspult und am Ende noch jemand zwei bis drei Fragen stellt. Ist das ein gutes Konzept? Eigentlich irrelevant, denn das wird überall so gemacht, seit mindestens 100 Jahren. Erlernt hat die Lehrperson dieses Format in ihrem ersten Semester. Irgendwann hatte sie dann eine Stelle an einem Institut und ein Lehrdeputat, bereitete sorgfältig ein Vorlesungsprogramm für 10–12 Veranstaltungen und eine Klausur

vor und das war's. So, wie man das eben macht. Was auf dem Weg von der einen Seite des Redepults zur anderen nicht stattgefunden hat, ist eine pädagogische oder didaktische Ausbildung. Denn die formale Qualifikation zur Lehre an einer deutschen Hochschule erwirbt man nach wie vor allein mit einem akademischen Abschluss. Wer die höchste Weihe, die Professur, erreichen will, schreibt eine sehr ausführliche wissenschaftliche Arbeit und hält eine Probevorlesung. Das war's. Während immer wieder darüber diskutiert wird, ob Lehramtsstudent:innen zu wenig pädagogische Kurse besuchen oder ein größerer Schwerpunkt auf Fachdidaktik gelegt werden sollte, sind Professor:innen, akademische Mitarbeiter:innen, Lehrbeauftragte etc. über jeden Zweifel erhaben. Natürlich ist Lehre in den Schulen nicht so einfach mit akademischer Lehre zu vergleichen, auch wenn der Aufbau einiger Studiengänge mittlerweile anderes vermuten lässt. Ein Studium bedeutet Selbstverantwortung und eigenständiges Lernen. Trotzdem macht es einen Unterschied, wie und in welchem Format der Stoff und das Studieren als eigenverantwortliche Praxis vermittelt werden. Die Pandemie hat vor allem eines verdeutlicht: Hochschullehre funktioniert aus Gewohnheit.

Dies ist ein struktureller Missstand, weil weder dynamische gesellschaftliche Rahmenbedingungen einbezogen werden, noch auf neue Herausforderungen reagiert werden kann. Darauf möchte ich im Folgenden eingehen:

Durch Hochschuldidaktische Zentren und Bildungsangebote wird seit Jahren versucht, die

Qualifikation zum/zur Hochschullehrer:in zu formalisieren und zu professionalisieren. Aber diese Angebote greifen erst bei Personen, die bereits in der Lehre arbeiten und sind in aller Regel freiwillig. Deshalb muss darüber nachgedacht werden, wie junge Wissenschaftler:innen, die eine akademische Laufbahn einschlagen wollen, in Zukunft auch dafür ausgebildet werden können. Diese Professionalisierung sollte zwei Komponenten beinhalten: Die Ausbildung und die Weiterbildung von Lehrkräften.

Dies sollte eigentlich keine Herausforderung für Hochschulen sein, denn es ist ja nicht so, als hätten Hochschulen keine Erfahrung damit, Menschen für Lehre auszubilden. Zur Orientierung hilft der Blick auf Lehramtsstudiengänge. Wer aktuell etwa in Baden-Württemberg ein komplettes Lehramtsstudium mit Bachelor und Master of Education studiert, muss insgesamt circa 90 Leistungspunkte in fachdidaktischen und bildungswissenschaftlichen Modulen absolvieren. Dazu kommt das eineinhalb-jährige Referendariat. Nun ist es wohl eher unrealistisch, eine Qualifizierung zur Hochschullehre ins Studium zu integrieren, denn kaum jemand entscheidet sich bereits am Anfang des Studiums dafür, an der Hochschule zu bleiben. Hier eine kleine Idee: Es könnte ein Aufbaustudium im Umfang zwischen 60 und 120 ECTS angeboten werden. Dieses Studium könnte zum Beispiel selbstbestimmt, begleitend zum Master studiert oder auch nach dem Abschluss angehängt werden. So würde sich die Einheit von Forschung und Lehre dann auch in der Ausbildung der Lehrenden widerspiegeln.

Insgesamt kann eine einmalige Ausbildung aber nicht ausreichen: Forschung und Lehre unterliegen einem stetigen Wandel, um dynamische Rahmenbedingungen, aktuelle Forschungsstände oder neue Herausforderungen, wie die Corona-Pandemie, einbeziehen zu können und ihnen kompetent zu begegnen. Deswegen ist die zweite Komponente der Professionalisierung die Pflicht zur kontinuierlichen Weiterbildung.

Durch verschiedene Hochschulgesetze sind die Professor:innen eigentlich schon jetzt zur Weiterbildung angehalten. Wie die aktuelle Krise zeigt, ist davon allerdings nicht allzu viel zu spüren. Wer kontrolliert den Besuch dieser Kurse? Wie ist es um die Qualität dieser Kurse bestellt? Wer garantiert, dass alle, die in der Lehre tätig sind, also auch akademische Mitarbeiter:innen oder Lehrbeauftragte, an diesen Angeboten teilnehmen können? Gerade letztere Gruppe, die mancherorts schon ein Drittel der Lehre übernimmt, wird nicht zu Fortbildungen geschickt und dafür auch nicht vergütet. Ich möchte hier auf zwei weitere Problembereiche eingehen.

Erstens stehen die aktuelle Hochschulstruktur und ihre Organisation in Lehrstühle einem Wandel im Weg. Nur Professor:innen können wirklich eigenständig lehren, alle anderen sind von ihren Weisungen abhängig. Professor:innen haben aber nach der Berufung kaum Anreize, außer intrinsischer Motivation, neue Lehrkonzepte zu entwickeln. Und während es ohne Frage viele sehr motivierte Professor:innen gibt, gehören zur Realität ebenso etliche, denen ihre

Lehrverpflichtung ein lästiger Anhang des Berufs ist und die schon seit vielen Jahren keinerlei Anstrengung mehr in die Entwicklung ihrer Lehre gesteckt haben. In diesen Fällen gibt es kaum Handlungsmöglichkeiten für Studierende oder Kolleg:innen, um an dieser Situation etwas zu verändern. Zusätzlich können die akademischen Mitarbeiter:innen nicht eigenverantwortlich lehren, denn ihr Spielraum hängt von der Einstellung und den Weisungen ihrer Vorgesetzten ab. Deshalb muss der Status der Professor:innen und Lehrstuhlinhaber:innen reformiert werden: Statt rigider, hierarchischer Strukturen im Bereich von Forschung und Lehre, sollte stattdessen Wissenschafts- und Lehrfreiheit für alle gelten. Damit sollte eine stärkere Verpflichtung für die Qualität der eigenen Lehre einhergehen und vor allem Verantwortung für die eigene Lehr- und Forschungstätigkeit gegenüber Studierenden, Kolleg:innen und der Gesellschaft übernommen werden. Dafür müssen Lehrstühle abgeschafft und Institute demokratisiert werden.“

Zweitens gibt es da das „kleine“ Problem der Finanzierung. 2018 waren über 80 % der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen befristet angestellt, viele davon mit sehr kurzen Verträgen (Hobler & Reuyß 2020, S. 36–37). Die kurze Vertragsdauer liegt häufig an der Finanzierung über Projektstellen aus Drittmitteln, obwohl Lehre eine Daueraufgabe ist. Dieses akademische Prekariat trägt vor allem an Universitäten oft den größten Teil der Lehraufgaben. Doch wer soll Zeit und Motivation für gute Lehre haben, wenn die eigene Zeit schon

mit Forschungsaufgaben, vielleicht einer Promotion und der Suche nach der nächsten Stelle völlig ausgefüllt ist? Auch für die Betreuung der Studierenden ist es nicht gerade förderlich, wenn der/die Dozent:in am Ende des Semesters die Hochschule verlässt. Die schlechten Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft werden so auch zu einer Krise der Lehrqualität. Seit Jahren geben Politiker:innen und Hochschulleitungen Lippenbekenntnisse darüber ab, dass die Befristungsquote sinken soll. Aber passiert ist nichts. In der Pandemie haben sich die Bedingungen für befristete angestellte Akademiker:innen noch weiter verschärft. Ihre berufliche Zukunft ist noch unsicherer geworden. Gerade wer sich über Lehraufträge finanziert, hat keinerlei Sicherheiten. Dabei bestreiten Lehrbeauftragte mancherorts einen großen Teil der Lehre, und zwar trotz anderslautender Beteuerungen auch im Grundstudium. Wer „aus der Krise lernen“ will, muss dafür sorgen, dass die grotesken Beschäftigungsbedingungen im Wissenschaftsbetrieb endlich verbessert werden, indem Daueraufgaben durch öffentliche Mittel ausfinanziert werden und unbefristete Stellen geschaffen werden. Trotz vorsichtiger Absichtserklärungen im Koalitionsvertrag der Ampelregierung betont auch die neue Bundesbildungsministerin, wie wichtig prekäre Arbeitsbedingungen in Form befristeter Verträge wären. In Berlin geht derweil die Humboldt-Universität selbst gegen eine Verbesserung der Lage vor und klagt gegen die Vorgabe, Anschlussbeschäftigungen für einige Postdoc-Stellen zu garantieren, statt mehr Geld zur Umsetzung zu fordern. Auch in der

Professor:innenschaft scheint noch ein Lernprozess stattfinden zu müssen.

Zum Schluss möchte ich auch noch den Blick auf die prekäre Situation der Studierenden schärfen. Die Corona-Krise ist auch eine soziale Krise. Studierende trifft diese Krise härter als viele andere Menschen. Wer studiert, zieht dafür häufig in eine andere Stadt und ist dabei umgeben von Kommiliton:innen. Das Studium und die Hochschule sind nicht nur der Hauptfokus, sondern fast das gesamte soziale Umfeld hängt von dem eigenen Studiengang und der Hochschule ab. Die Pandemie hat Studierenden dieses Umfeld genommen. Mehr als die Hälfte der Studierenden gibt an, dass ihnen im Studium das Gespräch mit Anderen fehlt, über 60 % sagen, dass ihnen die Gespräche auf dem Campus fehlen (Traus et al. 2020, S. 20–21). Dabei geht es um mehr als kleine Unannehmlichkeiten, sondern um eine Gefahr für die psychische Gesundheit der Studierenden. Eine aktuelle Umfrage des fzs zeigt, dass die Mehrheit der Studierenden auch nach zwei Jahren Pandemie deutlich schlechter lernt und massive Schwierigkeiten im Studium hat (fzs 2022). Nicht nur unter diesen Bedingungen zu lernen, sondern auch in diesen zu leben, sind belastende Herausforderungen. Dabei spielt auch die funktionierende Studienfinanzierung eine zentrale Rolle. Zehntausende Studierende kassierten Ablehnungen für ihre Anträge auf Überbrückungshilfe – weil sie nicht pandemiebedingt in einer Notlage waren. In der Logik der aktuellen Studienfinanzierung sollte so etwas gar nicht mög-

lich sein: Entweder, die Eltern finanzieren das Studium, oder der Staat springt mit dem BAföG ein. Dass diese Traumwelt nur in der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Bildung und Forschung existiert, muss spätestens jetzt allen klar sein. Wer in ständiger Existenzangst lebt, kann nicht gut lernen. Zur sozialen Verantwortung der Politik gehört es deshalb auch, eine gute Studienfinanzierung für alle sicherzustellen. Die neue Ministerin Stark-Watzinger hat die Hilfe allerdings mittlerweile ganz abgeschafft, konkrete Pläne zur BAföG Reform lassen auch auf sich warten.

Hochschulen tragen also eine besondere Verantwortung. Sowohl für die Studierenden, als auch für die Lehrenden und natürlich für die Gesellschaft. Deswegen sind finanzielle Mittel sowie personelle Ressourcen und politische Unterstützung notwendig, um aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden und Lehre auch – oder vor allem – unter Pandemiebedingungen zu verbessern. Auch wenn das Verhalten der Wissenschaftsministerien bisher nicht hoffen lässt, könnte die anhaltende Krise in diesem Jubiläumsjahr des BAföGs vielleicht ein Anstoß für einen Hochschulsozialpakt zwischen Bund und Ländern sein und eine grundlegende Reform der Studienfinanzierung.

Die nächste Krise kommt bestimmt, auch für die Hochschullehre. Statt nach der Pandemie so schnell wie möglich wieder zur „Normalität“ zurückzukehren, müssen wir diese Erfahrung nutzen, um einen nachhaltigen Wandel für Lern-, Lehr- und Studienbedingungen anzustoßen.

Literatur

Freier Zusammenschluss von student*innenschaften (2022). Corona Umfrage WiSe 21/22. <https://www.fzs.de/wordpress/wp-content/uploads/2022/01/fzs-Umfrage-online-Auswertung-18.01.22.pdf> (abgerufen am 10.02.22)

Hobler, D. & Reuyß, S. (2020). DGB-Hochschulreport. Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen in Deutschland. Deutscher Gewerkschaftsbund.

Traus, A., Höffken, K., Thomas, S., Mangold, K. & Schröer, W. (2020). Stu.di.Co. – Studieren digital in Zeiten von Corona. Universitätsverlag Hildesheim. <https://hildok.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/1157> (abgerufen am 29.03.21)

Zitiervorschlag:

Dreusch, J. (2022). Bildungskrise: Welche Missstände die Corona-Pandemie an Hochschulen offenlegt. In: Perspektiven auf Lehre. Journal for Higher Education and Academic Development, 2(1), 9–13

DOI: 10.55310/jfhead.19

